

# Die Bilanz ist positiv : Interview

Autor(en): **Gerber, Urs / Thalmann, Anton**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **82 (2007)**

Heft (6)

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-717306>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Die Bilanz ist positiv

Für die Schweiz stellt die Beteiligung an der Partnerschaft für den Frieden ein wertvolles und kostengünstiges Kooperationsforum dar, erläutert Anton Thalmann im Gespräch mit dem SCHWEIZER SOLDAT.

URS GERBER

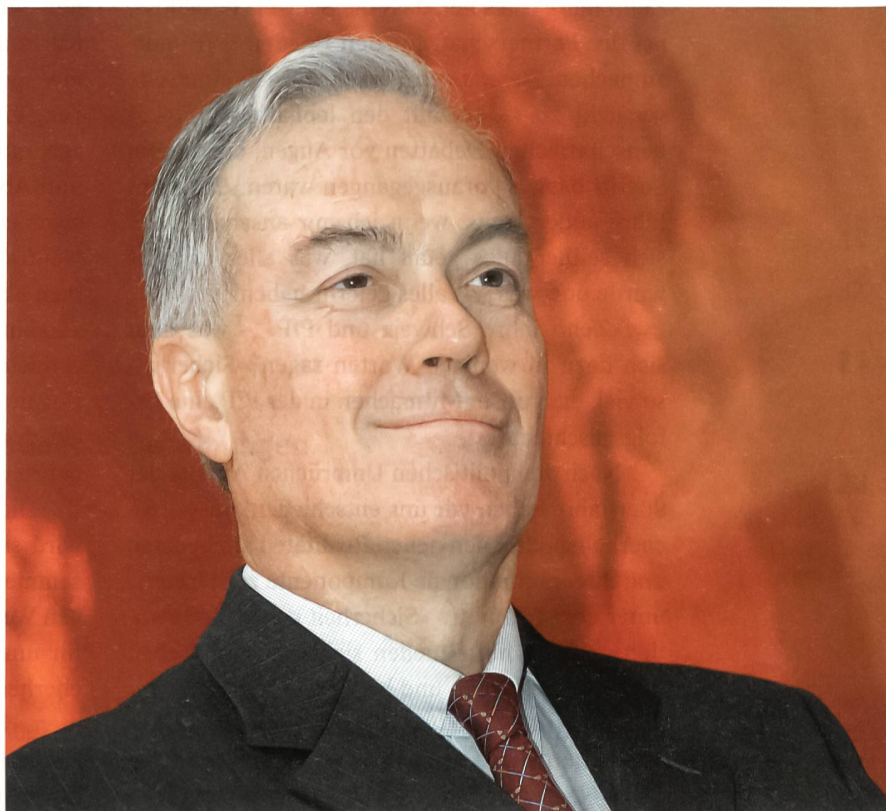
■ Was hat die Schweiz in den zehn Jahren PfP effektiv erreicht?

*Anton Thalmann:* Als Bundesrat Flavio Cotti am 11. Dezember 1996 in Brüssel das Schweizer Präsentationsdokument zur Teilnahme der Schweiz an der Partnerschaft für den Frieden unterzeichnete, war dies nicht irgendeine Einzelaktion. Dieser Schritt fügte sich vielmehr in eine Reihe weiterer Schritte ein, durch die in den 90er-Jahren die Aussen- und Sicherheitspolitik der Schweiz behutsam an die neuen strategischen Gegebenheiten angepasst wurde. Die veränderte internationale Lage hat die Schweizer Diplomatie – und natürlich auch das VBS bzw. das damalige EMD – dazu bewogen, die während fast einem halben Jahrhundert gültigen Denk- und Verhaltensweisen – mindestens teilweise – zu hinterfragen. Gleichzeitig haben sie der Schweiz aber auch Aktionsmittel verliehen, die wenige Jahre zuvor noch unbekannt waren. Dieses behutsam erweiterte internationale Engagement der Schweiz hat sich in den 90er-Jahren wie folgt herausgebildet.

Zunächst mit der Änderung unserer Sanktionenpolitik im Gefolge des Golfkriegs von 1990/91, das heisst der schweizerischen Anwendung von nichtmilitärischen Sanktionen, die vom UNO-Sicherheitsrat im Rahmen von Kapitel VII der Charta beschlossen worden waren, und dem Durchbruch der Auffassung, wonach das Neutralitätsrecht bei Zwangsmassnahmen im UNO-Rahmen *keine* Anwendung findet.

Dann kamen der schweizerische Vorsitz der OSZE im Jahre 1996 und unser ebenfalls 1996 getroffener Entscheid, an der Partnerschaft für den Frieden (PfP) teilzunehmen, gefolgt ein Jahr später vom Beitritt zum Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPC).

Schliesslich rundete, nach den Konflikten in Südosteuropa in der ersten Hälfte der 90er-Jahre, die erstmalige Entsendung von Armee-Einheiten ins Aus-



Botschafter Anton Thalmann.

land diese Entwicklung ab. Neu war, dass Truppenangehörige nicht mehr nur als individuelle Beobachter oder im Rahmen von unbewaffneten Sanitätseinheiten, sondern als Vollteilnehmer in internationalen Operationen der militärischen Friedensunterstützung zum Einsatz kamen.

Der Entscheid, an der Partnerschaft für den Frieden und am Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat teilzunehmen, fügt sich somit in den allgemeinen Trend einer sorgfältigen Anpassung der schweizerischen Aussensicherheitspolitik an die veränderten Gegebenheiten des internationalen Umfelds der Schweiz ein. In diesem ersten Jahrzehnt ihres Mitwirkens hat die Schweiz ihre Rolle in der Partnerschaft zuerst suchen müssen und, so glaube ich, auch gefunden: eine Rolle, die gleichsam

schweizerischen Interessen und Bedürfnissen entspricht und die Anerkennung unserer Partner gefunden hat. Durch gemeinsame Anstrengungen des EDA und des VBS hat die Schweiz gezielt gewisse Nischen bearbeitet, in denen sie einen spezifischen Mehrwert anbieten kann oder die unseren aussenpolitischen Traditionen entsprechen.

■ Welchen Stellenwert hat die EAPC/PfP für das EDA und insbesondere für dessen Führung?

*Anton Thalmann:* Neben unserer Mitgliedschaft in der weltumspannenden UNO bleibt für die Schweiz das Engagement in den politischen Regionalorganisationen unseres direkten geographischen Umfelds weiterhin wichtig. Neben



unserer Mitgliedschaft im Europarat und in der OSZE gehört auch die Teilnahme an EAPC/PfP dazu. Jedes dieser multilateralen Kooperationsinstrumente hat seine spezifischen Stärken und Schwerpunkte. Umgekehrt gilt es für uns, diese Organisationen gezielt für die Wahrung unserer Interessen zu nutzen. Was EAPC/PfP anbelangt, sehe ich aus aussenpolitischer Sicht zwei Hauptnutzen. Einerseits bleibt die NATO der Schrittmacher für die Transformation der europäischen Streitkräfte an die neuen strategischen Gegebenheiten. Die Normen und Standards, nach denen in der NATO gearbeitet wird, bilden heute für die europäischen Streitkräfte den militärischen Standard, auch für Einsätze im Rahmen der EU oder der UNO. Das EDA setzt sich bekanntlich für den Ausbau der militärischen Kapazitäten für die internationale Friedensförderung ein und erachtet die Teilnahme an Friedensoperationen als bedeutendes Element der aussen- und sicherheitspolitischen Interessenwahrung. PfP ist ein wichtiges Instrument, um dieses Ziel erreichen zu können.

Ferner ist EAPC/PfP ein nützliches multilaterales Instrument für die Pflege unserer transatlantischen Beziehungen im Geist des im Mai 2006 unterzeichneten Memorandum of Understanding über die bilaterale Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und den USA. Darüber hinaus ist EAPC/PfP aber auch ein nützliches Instrument, um die bilateralen Beziehungen zu weiteren Partnerstaaten zu vertiefen, z. B. durch die gemeinsame Durchführung von Projekten im Rahmen von PfP. Schliesslich erlaubt uns PfP die Teilnahme an den multilateralen politischen Konsultationen mit den 26 Allianz- und den anderen 22 Partnerstaaten, wo wir uns aus erster Hand über aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen informieren und gleichzeitig unseren Standpunkt vertreten können.

■ *Welche Zukunft sehen Sie für die EAPC/PfP? Wie wird sich die Schweiz in der PfP weiterentwickeln?*

*Anton Thalmann:* Die Zukunft von EAPC/PfP wird stark von derjenigen der NATO geprägt sein. In welche Richtung wird sich die NATO entwickeln? Wird sie sich noch vermehrt von der klassischen Verteidigungsallianz, die sie im Kalten Krieg war, in Richtung einer umfassenden Sicherheitsorganisation wandeln? Wird sie sich von ihrer traditionellen transatlantischen Identität langsam lösen und in Richtung einer globalen Allianz wandeln?

Wie wird die Arbeitsteilung zwischen der NATO und der EU bzw. deren Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) aussehen? Dies sind nur einige Fragen, die für die Entwicklung der NATO in den kommenden Jahren zentral sind – deren Beantwortung heute aber noch reichlich schwerfällt.

Die Weiterentwicklung von EAPC/PfP wird ihrerseits eng von diesen Faktoren beeinflusst werden. Was wir heute bereits feststellen können, ist, dass EAPC/PfP in Zukunft kaum mehr ein «Wartsaal» zur Aufnahme in die NATO sein wird. Diejenigen Staaten, die der NATO beitreten wollen und können, sind bald alle Vollmitglied der Allianz geworden. Danach bleiben die Staaten, die der NATO nicht beitreten können, und diejenigen – wie die Schweiz – die der NATO nicht beitreten wollen. Die Partnerschaft wird also immer heterogener: Die verbliebenen Partner verfolgen ziemlich unterschiedliche Interessen und auch ihre politischen und operationellen Ambitionen sind sehr verschieden. Gleichzeitig benutzen insbesondere die westeuropäischen Partner EAPC/PfP konsequent, um ihre Fähigkeiten zur Teilnahme an internationalen Friedensoperationen zu verbessern. Je länger, je mehr wird sich eine Art Zweiklassengesellschaft herausbilden, bestehend aus denjenigen Partnern, die zu den verlangten Leistungen bereit sind, und denjenigen, die es nicht sind – Erstere werden dafür vermehrt an den Entscheidungsprozessen der Allianz beteiligt werden.

■ *In welchen Bereichen und Aktivitätsfeldern kann die schweizerische aussen- und sicherheitspolitik die Weiterentwicklung von PfP unterstützen?*

*Anton Thalmann:* Anlässlich des NATO-Gipfeltreffens von Riga im November 2006 haben die Staats- und Regierungschefs der 26 Allianzmitglieder für eine Reform bzw. eine Anpassung der Partnerschaft plädiert. Es wird sich hier nicht um eine «Revolution», sondern um einige gezielte Massnahmen handeln, um die Partnerschaft an die neuen Gegebenheiten anzupassen.

Die Schweiz hat sich letztes Jahr aktiv an den in Brüssel laufenden Diskussionen beteiligt. Im September legte die Schweiz ein Positionspapier mit ihren Vorstellungen zur Reform der Partnerschaft vor. In diesem Papier plädierte die Schweiz vor allem für eine effizientere und aktivere Nutzung des EAPC als zent-

rales multilaterales politisches Konsultationsorgan zwischen den Allianzmitgliedern und den Partnerstaaten. Die Schweiz hat zum Beispiel vorgeschlagen, dass die Wahl der am monatlichen Botschaftertreffen zu beratenden Themen nicht wie bis anhin ausschliesslich durch die NATO-Staaten getroffen werden sollte. Vor ein paar Wochen hat die NATO nun diesen Vorschlag angenommen und die Partner eingeladen, sich an der Festlegung der Themen zu beteiligen.

Zudem hat die Schweiz ihre Auffassung wiederholt, dass die Partnerstaaten möglichst umfassend an Entscheidungs- und Konsultationsprozessen der NATO beteiligt werden sollten, sofern es um Operationen oder Projekte geht, an denen sie auch beteiligt sind. Die Zahl der Treffen, an die die truppenstellenden Staaten eingeladen werden, hat in den letzten Monaten zugenommen – von der Komiteesitzung bis zum Ministertreffen.

■ *Sie waren lange Jahre der Chef der Schweizer Mission bei der NATO. Haben Sie das Gefühl, dass die NATO die Schweizer Armee mit all ihren eigenwilligen Eigenarten versteht? Was sollte Ihrer Meinung nach die Schweiz aussen- und sicherheitspolitisch resp. die Armee militärisch tun, um ihre Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit in Brüssel zu unterstreichen?*

*Anton Thalmann:* Natürlich weist die Schweizer Milizarmee einige Besonderheiten auf, die für ausländische Partner nicht sofort verständlich sind. Aber es ist gerade die Aufgabe des Missionschefs und seiner Mitarbeiter vor Ort in Brüssel, diese Besonderheiten des Schweizer Wehrsystems, die politischen Rahmenbedingungen von Einsätzen der Schweizer Armee im Ausland sowie die innenpolitische Grosswetterlage seinen Gesprächspartnern der NATO und der einzelnen Länder zu erläutern. Die letztjährige Entscheidung, einen hochrangigen Schweizer Militärvertreter ständig in Brüssel zu stationieren, war ein wichtiger Schritt in dieser Hinsicht.

Ich kann Ihnen aber versichern, dass die Haltung der Schweiz im Rahmen von EAPC/PfP von unseren Partnern als verlässlich und zuverlässig geschätzt wird. Es ist wichtig, keine falschen Erwartungen zu wecken. Auch wenn gelegentlich von der Schweiz in militärischer Hinsicht mehr erwartet wird, so werden die besonderen Gegebenheiten der Schweiz vollumfänglich akzeptiert.



☒ *Die Zusammenarbeit im Rahmen der PfP wurde damals unter anderem als Beitrag zur Erhöhung der Sicherheit der Schweiz verkauft. Nehmen wir jetzt an, die Schweiz wäre 1996 der PfP nicht beigetreten. Was wären die Konsequenzen gewesen, was die Sicherheit der Schweiz anbelangt? Wie würde die Schweiz von ihrem strategischen Umfeld perzipiert?*

Anton Thalmann: Wie ich in meiner ersten Antwort dargelegt habe, war und ist die Teilnahme an EAPC/PfP ein Aspekt neben anderen eines grösseren Engagements der Schweiz in der internationalen Sicherheitspolitik. Es ist die Summe dieser einzelnen Schritte, die der Schweiz grössere Sicherheit verleihen kann. Die Hauptbedrohung von heute ist nicht ein Feind, der die Schweiz militärisch angreifen wird. Die Herausforderung besteht vielmehr darin, auf komplexe, gleichzeitig eintretende Gefahren verschiedener Natur die richtige Antwort zu finden. Nehmen wir das Beispiel eines «gescheiterten» Landes – weit weg von der Schweiz –, dessen innere Wirren aber einen grossen demografischen Druck auf die Schweiz ausüben, wenn möglich gepaart mit organisiertem Verbrechen, Menschenhandel und terroristischen Gefahren. Solchen Bedrohungen kann die Schweiz nicht alleine begegnen; gleichzeitig erwarten aber unsere Partner, dass auch die Schweiz in einem solchen Fall solidarisch einen Teil der Last trägt. Dies ist der Leitgedanke des vom Bundesrat verabschiedeten sicherheitspolitischen Berichts 2000 «Sicherheit durch Kooperation».

Zur Wahrnehmung der Schweiz: Wir können nicht leugnen, dass die NATO – und in zunehmendem Masse die EU – diejenigen Organisationen sind, deren Einfluss und Wirkung in der Sicherheitspolitik, insbesondere im euro-atlantischen Gebiet, am grössten ist. Gleichzeitig ist die Schweiz eines der wenigen Länder zwischen der Atlantikküste und der ukrainischen Grenze, die weder der NATO noch der EU und deren Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) angehören. EAPC/PfP ist deshalb das wichtigste regionale sicherheitspolitische Instrument, über das die Schweiz verfügt. Es bietet uns eine flexible Plattform ohne rechtliche Verpflichtungen, um sowohl aussenpolitische als auch sicherheitspolitische und militärische Interessen zu vertreten.

☒ *Die Schweizer Teilnahme an Pfp ist nach wie vor nicht unumstritten. Insbesondere nach dem Gipfel von Riga ist die*

*Frage gestellt worden, ob es die Pfp als solche und die Schweizer Beteiligung daran überhaupt noch braucht. Gepaart mit den offensichtlichen Vorbehalten bzw. der Abneigung gewisser politischer Kreise für PSO könnte sich die Frage des Rückzuges allenfalls stellen. Teilen Sie diese Meinung?*

Anton Thalmann: Die Schweiz war immer der Ansicht, dass die Rolle und der Nutzen von EAPC/PfP höher ist als nur die Bereitstellung von Truppen für PSOs. EAPC/PfP ist aus aussenpolitischer Sicht ein sinnvolles Instrument, um in unseren prioritären Schwerpunktgebieten – allen voran in Südosteuropa – wirkungsvolle Unterstützungsleistungen zur Reform bzw. zum Aufbau von effizienten und demokratisch kontrollierten Sicherheitsstrukturen zu leisten. Diese Reformen sind ein sehr wichtiger Teil des allgemeinen demokratischen Transitionsprozesses dieser Länder, der wegen der erzielten Stabilisierung unseres Umfelds im ureigenen Interesse der Schweiz liegt. Um aber nochmals zurück auf die PSOs zu kommen: Die Teilnahme an Pfp-Übungen zwingt uns in keiner Weise zur Teilnahme an NATO-geführten Operationen. Andererseits benötigen wir aber auch zur Teilnahme an UNO- (oder auch EU-)geführten Operationen über Fähigkeiten, die uns bis heute nur Pfp in dieser Form vermitteln kann.

☒ *Die Schweiz ist aus verschiedenen Gründen nicht in der Lage, die NATO-geführten Operationen in gewünschtem Ausmass mit «boots on the ground» zu unterstützen. Sie begrüsst daher besonders einen umfassenden und integralen Ansatz in der Konflikt- und Krisenbewältigung. Mit welchen Leistungen und Beiträgen kann sie hier in Zukunft besonders beitragen?*

Anton Thalmann: Mit der Verabschiedung des Partnership Action Plan on Defence Institution Building (PAP-DIB) anlässlich des Gipfeltreffens von Istanbul im Juli 2004 wurde die Reform der Verteidigungs- und Sicherheitsstrukturen zu einem wichtigen Standbein der Kooperation in EAPC/PfP ausgebaut. Man kann durchaus behaupten, dass sich dieses Tätigkeitsfeld zu einer Art zweitem Pfeiler neben der Verbesserung der Zusammenarbeitsfähigkeit entwickelt hat. Dieser ganze Bereich umfasst genau diejenigen Themen, zu denen die Schweiz wertvolles Know-how anbieten kann. Wir sind aktiv engagiert mit der Durchführung von Aus-

bildungskursen, mit der Unterstützung von multilateralen Abrüstungsprojekten im Rahmen des Pfp Trust Fund, mit der Entwicklung von modernen Informationstechnologien sowie im Bereich der zivilen Notfallplanung oder der Verbreitung des humanitären Völkerrechts. Besonders erwähnt werden müssen in diesem Zusammenhang unsere drei Genfer Zentren: das Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP), das Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF) und das Internationale Genfer Zentrum für humanitäre Minenräumung (GICHD). Diese drei Zentren leisten hervorragende und von unseren Partnern anerkannte und geschätzte Arbeit.

☒ *Seit 1997 hat die Schweiz jedes Jahr Angebote zum Thema «International humanitarian law» ins Arbeitsprogramm von EAPC und Pfp eingebracht. Welche Bedeutung messen Sie diesen Angeboten bei, wie sollte sich die Schweiz in diesem Bereich positionieren?*

Anton Thalmann: Als Depositarstaat der Genfer Konventionen ist die Verbreitung des humanitären Völkerrechts traditionsgemäss ein zentrales Anliegen der schweizerischen Aussenpolitik. EAPC/PfP ist durch seine zivil-militärische Ausrichtung eine ideale Plattform, um dieses Anliegen umzusetzen. Auf Initiative der Schweiz (zusammen mit Grossbritannien) wurde das humanitäre Völkerrecht im Jahr 2000 als offizieller Zusammenarbeitbereich in das Pfp-Arbeitsprogramm aufgenommen. In der heutigen Zeit, in der wir einen rasanten Wandel in der Kriegsführung beobachten können, sind die Regeln des humanitären Völkerrechts bzw. deren Anwendung wichtiger denn je. Das EDA wie das VBS organisieren jedes Jahr verschiedene Kurse bzw. Seminare zu aktuellen Themen: Im Februar fand z.B. in Genf ein internationales Expertentreffen über das humanitäre Völkerrecht statt. Einmal pro Jahr wird das Thema humanitäres Völkerrecht zudem auf politischer Ebene auf der Stufe der EAPC-Botschafter diskutiert. In diesem wichtigen Bereich hat es die Schweiz verstanden, sich zu positionieren, und ihre Themenführerschaft wird auch allgemein anerkannt. ☒

Botschafter Anton Thalmann, Dr. iur., ist Stellvertreter des Staatssekretärs und Stellvertretender Direktor der Politischen Direktion im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA.